



491 Bericht von Jannes Jacobsen und Martin Kroh

Eingewanderte bauen nur schrittweise Bindungen an Parteien in Deutschland auf

- Menschen mit Einwanderungsgeschichte neigen seltener einer Partei zu als die restliche Bevölkerung
- Nach 15 Jahren Aufenthalt gab rund die Hälfte der Eingewanderten mindestens einmal eine Parteibindung an
- Parteibindungen unterscheiden sich zwischen Personen verschiedener Herkunftsländer stark

500 Interview mit Jannes Jacobsen

504 Kommentar von Peter Haan und Julia Schmieder

Politik braucht klaren Kurs bei informeller Pflege

Aussenhandel und Pfund-Krise

Deutschlands Außenhandel in Mill. RM
(Spezialhandel, reiner Warenverkehr)

Land	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhr- (–) bzw. Ausfuhr- (+) Überschuf	
	1930	1. Hj. 1931	1930	1. Hj. 1931	1930	1. Hj. 1931
Großbritannien ..	639,0	243,5	1218,9	512,3	+ 579,9	+ 268,8
Dänemark ..	296,5	103,5	477,1	183,8	+ 180,6	+ 80,3
Schweden ..	304,2	92,1	494,2	203,4	+ 190,0	+ 111,3
Norwegen ..	106,4	38,3	207,0	87,8	+ 100,6	+ 49,5
Ägypten ...	58,5	29,1	65,1	22,7	+ 6,6	– 6,4
Brit. Indien ..	428,5	161,2	190,0	86,0	– 238,5	– 75,2
Sechs Entwertungs- länder zu- sammen ..	1833,1	667,7	2652,3	1096,0	+ 819,2	+ 428,3
Übrige Länder	8560,1	3138,5	9383,3	3672,1	+ 823,2	+ 533,6
Insgesamt ..	10393,2	3806,2	12035,6	4768,1	+ 1642,4	+ 961,9

© DIW Berlin 1931

Die Länder, deren Währungen seit Mitte September vom Goldstandard losgelöst wurden, sind an der deutschen Einfuhr mit rd. 18 Prozent, an der deutschen Ausfuhr mit rd. 22 Prozent beteiligt (Durchschnitt 1930).

Hält die Währungsentwertung in diesen Ländern an, so ist anzunehmen, daß ihr Anteil an der deutschen Einfuhr zunimmt, während es andererseits für Deutschland großer Anstrengungen bedarf, ihren Anteil am deutschen Auslandsabsatz aufrechtzuerhalten. Daneben dürften sich am Weltmarkt Reibungen infolge der erhöhten Wettbewerbsfähigkeit der „Entwertungsländer“ ergeben.

Aus dem Wochenbericht Nr. 28 vom 7. Oktober 1931

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200

88. Jahrgang 14. Juli 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. C. Katharina Spieß;
Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Christian Franz

Redaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;
Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

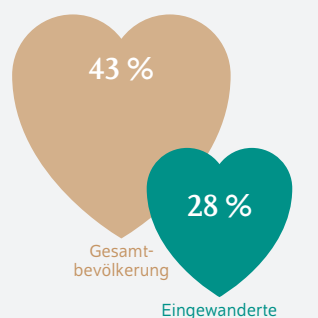
Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter

Eingewanderte bauen nur schrittweise Bindungen an Parteien in Deutschland auf

Von Jannes Jacobsen und Martin Kroh

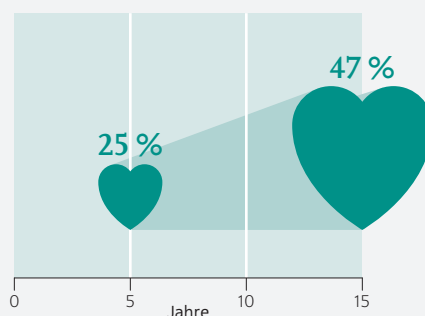
- Menschen mit Einwanderungsgeschichte neigen seltener einer Partei zu als die Bevölkerung ohne Einwanderungsgeschichte
- In den ersten fünf Jahren nach Einwanderung hat ein Viertel der Eingewanderten mindestens einmal eine Parteibindung angegeben, nach 15 Jahren etwa die Hälfte
- Menschen mit Parteibindung, die aus Osteuropa, der Sowjetunion und den Nachfolgestaaten bis 2003 einwanderten, neigen zu 54 Prozent der CDU/CSU zu
- Menschen mit Parteibindung, die aus Südeuropa und der Türkei bis 1992 einwanderten, fühlen sich zu 59 Prozent der SPD verbunden
- Parteien sollten Eingewanderte und ihre Kinder durch aktivere Ansprache und stärkere Vertretung ihrer Interessen stärker an sich binden

Eingewanderte bauen seltener als die Gesamtbevölkerung und nur schrittweise eine Parteibindung auf

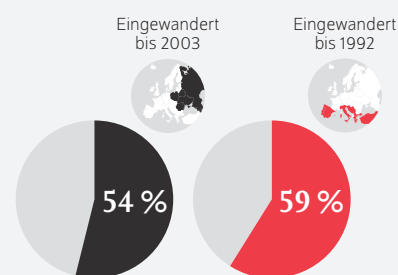


Eingewanderte neigen seltener einer Partei zu als die Gesamtbevölkerung.

Quelle: Eigene Darstellung.



Fünf Jahre nach Einwanderung hat ein Viertel mindestens einmal eine Parteibindung angegeben, nach 15 Jahren etwa die Hälfte.



Wenn sie eine Parteibindung haben, neigen Eingewanderte aus Osteuropa/der Sowjetunion eher der CDU/CSU zu, Eingewanderte aus Anwerbestaaten eher der SPD.

© DIW Berlin 2021

ZITAT

„Parteien haben die Chance, Menschen mit Einwanderungsgeschichte langfristig an sich zu binden. Dazu sollten sie die vielfältigen politischen Interessen von Eingewanderten und deren Kindern systematisch in ihre Programme integrieren und auch in konkrete Politik umsetzen.“

— Jannes Jacobsen —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Jannes Jacobsen
www.diw.de/mediathek

Eingewanderte bauen nur schrittweise Bindungen an Parteien in Deutschland auf

Von Jannes Jacobsen und Martin Kroh

ABSTRACT

Etwa jede vierte Person in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte. Ein Indikator für ihre Inklusion in das politische Leben ist, ob sie sich mit einer Partei verbunden fühlen. Befragungen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen, dass Eingewanderte und ihre Kinder dies seltener tun als die restliche Bevölkerung. Bei selbst Eingewanderten steigt die Parteibindung mit der Aufenthaltsdauer: Bis fünf Jahre nach ihrer Einwanderung gibt etwa ein Viertel der Befragten eine erste Parteibindung an, nach 15 Jahren ist es rund die Hälfte. Dabei unterscheiden sich die Parteibindungen zwischen Personen verschiedener Herkunftsländer stark. So neigen Menschen aus der Türkei häufiger der SPD zu, während sich Eingewanderte aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion beziehungsweise den Nachfolgestaaten häufiger der CDU/CSU verbunden fühlen. Dass die Hälfte der Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland den Parteien bisher dauerhaft distanziert gegenübersteht, weist auf ein hohes Mobilisierungspotenzial hin. Parteien sollten daher diese wachsende Wählergruppe noch aktiver ansprechen und ihre vielfältigen politischen Interessen stärker einbeziehen.

In Deutschland hat rund jede vierte Person eine Einwanderungsgeschichte, ist also selbst aus dem Ausland nach Deutschland zugezogen oder Nachfahre beziehungsweise Nachfahrin einer solchen Person.¹ Eingewanderte und deren Kinder leben dauerhaft oder zumindest über viele Jahre in Deutschland, und manche bemühen sich schließlich um Einbürgerung. Ihre Integration in die hiesige Gesellschaft ist daher eine wichtige Aufgabe von Gesellschaft und Politik. Ein häufig vernachlässigter Bestandteil von Integrations- und Inklusionsbemühungen ist die politische Teilhabe. Hierzu gehört neben der Teilnahme an Wahlen, Abstimmungen und Demonstrationen, der Mitarbeit in Parteien und politischen Initiativen auch die sichtbare Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in politischen Ämtern. Parteien haben in Deutschland die wichtige Funktion, an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Inwieweit es ihnen gelungen ist, Menschen mit Einwanderungsgeschichte langfristig an sich zu binden, kann als Hinweis für eine erfolgreiche Inklusion in den Willensbildungsprozess interpretiert werden.

Die Parteiidentifikation oder auch Parteibindung beschreibt, ob eine Person einer Partei langfristig zuneigt. Sie ist meist stabiler als die aktuelle Wahlabsicht, die von der aktuellen Stimmung beeinflusst wird (Kasten 1). Die Parteiidentifikation bildet sich maßgeblich über das soziale Umfeld und politisches Lernen in der frühen Jugend heraus; danach ist sie eine vergleichsweise stabile politische Orientierung von Personen.² Sind Menschen in einem anderen politischen System aufgewachsen, stellt ihr Zugang zu Informationen sowie

¹ Statistisches Bundesamt (2021): Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Geschlecht (online verfügbar, abgerufen am 28. Juni 2021. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

² Angus Campbell et al. (1960): *The American Voter*. New York: John Wiley; Jürgen W. Falter, Harald Schoen und Claudio Caballero (2000): Dreißig Jahre danach. Zur Validierung des Konzepts „Parteiidentifikation“ in der Bundesrepublik. In: Markus Klein et al. (Hrsg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektive, Daten*. Wiesbaden, 235–271; Martin Kroh (2019): Parteiidentifikation: Konzeptionelle Debatte und empirische Befunde. In: Thorsten Faas et al. (Hrsg.): *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung*. Nomos: 458–479.

Kasten 1

Parteiidentifikation

In der Wahlforschung wird zwischen der Wahlabsicht, der Wahlentscheidung sowie der Parteiidentifikation unterschieden.¹ Die Wahlabsicht ist vielfach auch unter dem Begriff der Sonntagsfrage bekannt und bezeichnet die Auskunft darüber, welcher Partei eine Person bei der nächsten Parlamentswahl seine Zweitstimme geben möchte. Die Wahlentscheidung ist die retrospektive erhobene, tatsächlich vorgenommene Abgabe der (Zweit-)Stimme. Während die Wahlabsicht sowie die Wahlentscheidung vielfach aktuellen Entwicklungen und Trends unterliegen, ist die Parteiidentifikation, idealtypisch, stabiler und maßgeblich durch die soziale Umwelt (beispielsweise das Elternhaus) geprägt.²

Befragte zeigen eine Parteiidentifikation, wenn sie mit „ja“ auf folgende Frage im SOEP-Fragebogen antworten: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Hiernach wird abgefragt, welcher Partei Befragte zuneigen.

¹ Harald Schoen und Cornelia Weins (2014): Der sozialpsychologische Ansatz zu Erklärung von Wahlverhalten. In: Jürgen Falter et al. (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Springer Fachmedien. 241–329.

² Martin Kroh (2019): a.a.O.

ihre wachsende Erfahrung mit dem hiesigen politischen System eine wichtige Bedingung für ihre Herausbildung dar.³

Es ist daher wichtig, die Parteibindungen sowohl von wahlberechtigten als auch nicht wahlberechtigten Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu untersuchen – nicht nur um Wahlergebnisse vorherzusagen oder die Bindungskraft einzelner Parteien zu messen, sondern auch um zu überprüfen, ob sich Eingewanderte und ihre Kinder durch Parteien als zentrale Akteure der politischen Willensbildung hinreichend angesprochen fühlen und sich mit ihnen identifizieren können.

Im Jahr 2009 resümierte ein DIW Wochenbericht bereits, dass die politischen Interessen von Eingewanderten stärker

³ In den 1960er Jahren wurde zum Beispiel wissenschaftlich debattiert, ob Westdeutsche 20 Jahre nach dem Totalitarismus bereits Identifikationen mit den demokratischen Parteien herausbilden konnten. Harald Schoen und Cornelia Weins (2014): Der sozialpsychologische Ansatz zu Erklärung von Wahlverhalten. In: Jürgen Falter et al. (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Springer Fachmedien. 241–329.
Eine ähnliche Debatte gab es in den 1990er Jahren bezüglich der Verbreitung langfristiger Bindungen an Parteien in Ostdeutschland. Martin Kroh (2014): Growth trajectories in the strength of party identification: The legacy of autocratic regimes. Electoral studies 33, 90–101.

Kasten 2

Datengrundlage

Der vorliegende Bericht stützt sich auf das Sozio-oekonomische Panel (SOEP). Das SOEP ist eine jährliche Wiederholungsbefragung zufällig ausgewählter Privathaushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in Ostdeutschland durchgeführt wird.¹ Um die Einwanderung nach Deutschland im SOEP abzubilden wurden seit 1984 verschiedene Sondererhebungen implementiert, welche sich speziell an EinwanderInnen und ihre Kinder richten.² Somit können detaillierte Analysen für unterschiedliche Einwanderungskohorten über die Zeit vorgenommen werden.

Für den Bericht wurde die Version v.36 (Datenrelease 2021) und alle Befragungsjahre zwischen 1984 und 2019 genutzt.

Dabei wird zwischen Personen mit und ohne Einwanderungsgeschichte sowie zwischen erster und zweiter Generation unterschieden. Eine Person hat eine Einwanderungsgeschichte, wenn sie selbst (erste Generation) oder mindestens ein Elternteil (zweite Generation) nach 1949 nach Deutschland eingewandert ist. Somit beschränkt sich der Bericht nicht auf Personen, die eine deutsche Staatsbürgerschaft haben.

¹ Jan Goebel et al. (2019): The German Socio-Economic Panel (SOEP). Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 239(2), 345–360 (online verfügbar).

² Jannes Jacobsen et al. (2021): Growing Potentials for Migration Research using the German Socio-Economic Panel Study. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, online first (online verfügbar).

berücksichtigt werden könnten.⁴ Was hat sich seitdem in Deutschland im Hinblick auf die Parteiidentifikation von Personen mit Einwanderungsgeschichte getan? Wie verbreitet sind Parteiidentifikationen unter Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland? Mit welchen Parteien fühlen sie sich maßgeblich verbunden? Und inwieweit unterscheidet sich die Parteiidentifikation nach Herkunftsländern? Antworten darauf liefert der vorliegende Wochenbericht. Datengrundlage ist das Sozio-oekonomische Panel (SOEP, Kasten 2).

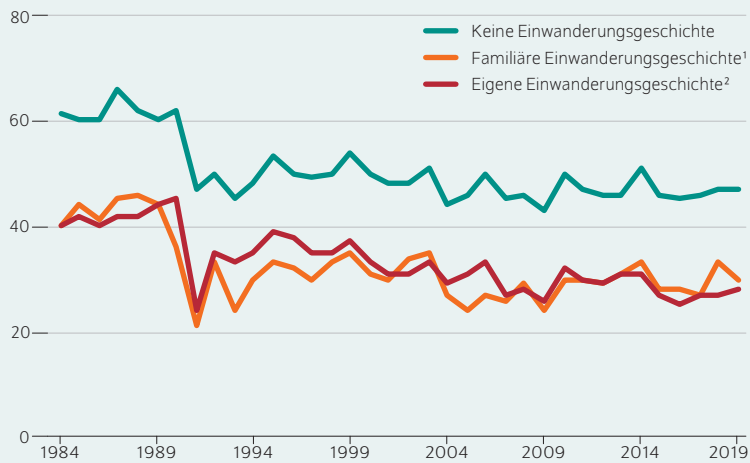
Rund ein Drittel der Menschen mit Einwanderungsgeschichte fühlen sich aktuell einer Partei verbunden

Eingewanderte und ihre Kinder neigen seltener einer Partei zu als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (Abbildung 1). In den 1980er Jahren lag der Unterschied bei rund 20 Prozentpunkten: Etwa 40 Prozent der Menschen mit Einwanderungsgeschichte nannten eine Parteiidentifikation gegenüber 60 Prozent der Menschen ohne Einwanderungsgeschichte. Dieser Abstand ist über die Jahre stabil. Jedoch

⁴ Martin Kroh und Ingrid Tucci (2009): Parteibindung von Migranten: Parteien brauchen Einbürgerung nicht zu fürchten. DIW Wochenbericht Nr. 47, 821–827 (online verfügbar).

Abbildung 1

Parteibindungen über die Zeit Anteile in Prozent



1 Personen, die in Deutschland geboren sind und mindestens ein im Ausland geborenes Elternteil haben (zweite Generation).

2 Personen, die selbst nach Deutschland eingewandert sind (erste Generation).

Anmerkung: Die Frage lautete: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“

Quelle: SOEP-Core v.36, EU-Edition.

© DIW Berlin 2021

Menschen mit Einwanderungsgeschichte neigen seltener einer Partei zu als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte.

sinkt in Deutschland, wie in vielen westlichen Demokratien, die parteipolitische Bindung ganz grundsätzlich seit den 1970er Jahren.⁵ So neigten in den letzten zehn Befragungsjahren (2009 bis 2019) nur noch 30 Prozent der Personen mit Einwanderungsgeschichte und 45 Prozent derer ohne Einwanderungsgeschichte einer Partei zu.

Die Parteiidentifikationen in lediglich einer Befragung stellen jedoch nur eine Momentaufnahme dar. Die Wiederholungsbefragung des SOEP erlaubt festzustellen, ob Menschen sich im Laufe ihrer Biografie einer Partei besonders verbunden fühlen. Werden drei aufeinander folgende Befragungsjahre betrachtet, zeigt sich, dass in den 1980er Jahren fast zwei Drittel der Personen mit Einwanderungsgeschichte wenigstens einmal eine Parteiidentifikation angaben. Im Jahr 2019 lag dieser Anteil bei rund 45 Prozent. Etwa die Hälfte der Menschen mit Einwanderungsgeschichte scheint also dauerhaft parteipolitisch ungebunden, im Rest der Bevölkerung liegt dieser Anteil bei etwa einem Drittel.

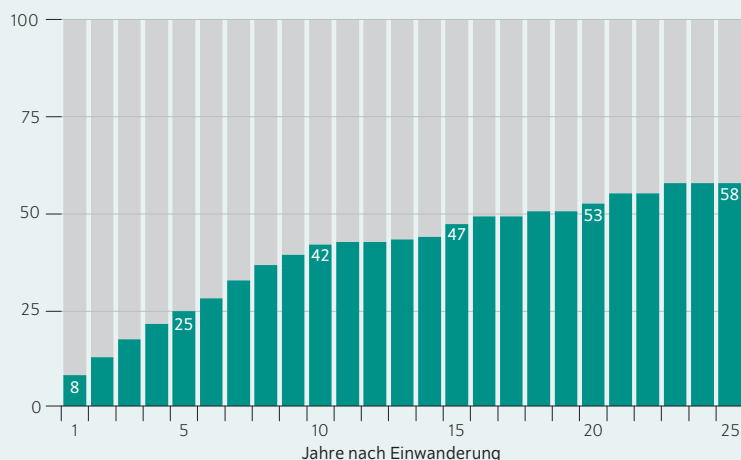
Um sich mit einer Partei des Einwanderungslandes verbunden zu fühlen, müssen Eingewanderte eigene Erfahrungen mit ihnen sammeln, welche mit der Aufenthaltsdauer zunehmen können. So geben innerhalb der ersten fünf Jahre nach ihrer Einwanderung rund 25 Prozent der Befragten eine erste Parteibindung an (Abbildung 2). Nach etwa 15 Jahren Aufenthalt in Deutschland sind es bereits rund die Hälfte der Befragten, nach 25 Jahren dann rund 58 Prozent.

Auch Menschen mit Einwanderungsgeschichte neigen immer seltener der SPD zu – jedoch weiterhin häufiger als die restliche Bevölkerung

Geben Personen in der SOEP-Befragung an, dass sie einer Partei langfristig zugeneigt sind, werden sie anschließend gefragt, welche dies ist. Langfristige Trends bei der Bindung zu bestimmten Parteien decken sich zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte: Beispielsweise fühlen sich seit den 1990er Jahren in beiden Gruppen immer weniger Menschen der SPD verbunden (Abbildung 3). Gleichzeitig neigen der SPD in den meisten Jahren signifikant häufiger Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu als Personen der restlichen Bevölkerung. Genau andersherum ist es bei den Unionsparteien: Eingewanderte und ihre Kinder neigen seltener der CDU/CSU zu als Personen ohne Einwanderungsgeschichte. In den 1980er Jahren waren diese Unterschiede besonders deutlich ausgeprägt: Mit der SPD fühlten sich mehr als die Hälfte der Menschen mit Einwanderungsgeschichte verbunden (53 Prozent), mit den Unionsparteien nur 37 Prozent. Kaum Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte zeigen sich in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren: Beide neigen in dieser Zeit sowohl der SPD als auch der CDU/CSU zu jeweils 40 bis 43 Prozent zu. Ab 2005 gingen die Parteibindungen der beiden Gruppen wieder weiter auseinander.

Abbildung 2

Dauer bis zur ersten Nennung einer Parteibindung seit Einwanderung Anteile in Prozent



Anmerkung: Die Abbildung gibt Schätzwerte einer diskreten Ereignisanalyse bis zur ersten Nennung einer Parteiidentifikation in Deutschland wieder, genauer die kumulierte Failure-Funktion.

Quelle: SOEP-Core v.36, EU-Edition.

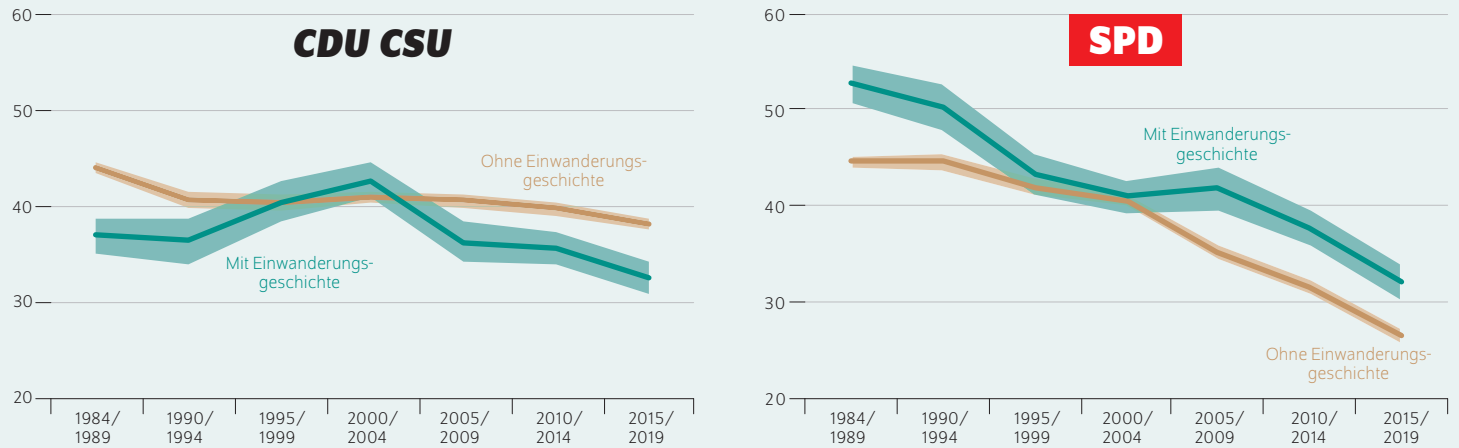
© DIW Berlin 2021

Nach 15 Jahren Aufenthalt in Deutschland haben etwa die Hälfte der Eingewanderten mindestens einmal eine Parteibindung angegeben.

⁵ Russel J. Dalton und Martin P. Wattenberg (2000): *Parties without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford Scholarship; Russel J. Dalton (2014): *Interpreting Partisan Dealignment in Germany*. *German Politics* 23(1–2), 134–144.

Abbildung 3

Parteibindungen zu CDU/CSU und SPD über die Zeit Anteile unter Befragten mit Parteibindung in Prozent



Quelle: SOEP-Core v.36, EU-Edition.

© DIW Berlin 2021

Bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte gleichen sich die Anteile mit Bindung zur SPD und zu den Unionsparteien über die Zeit an.

Durch die allgemein abnehmende Unterstützung der SPD neigen Menschen mit Einwanderungsgeschichte mittlerweile genauso häufig der CDU/CSU zu wie der SPD: Zwischen 2015 und 2019 gaben je etwa 32 Prozent eine Parteiidentifikation mit der SPD und der CDU/CSU an.

Bei der Linken hat sich eine Trendwende vollzogen

Auch bei den kleineren Parteien im Deutschen Bundestag ähneln sich langfristige Trends der Parteiidentifikation zwischen Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte (Abbildung 4). Der FDP neigen bis 2004 relativ gesehen weniger Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte. In beiden Gruppen blieb die Unterstützung jedoch gering: So fühlten sich seit 1984 nie mehr als fünf Prozent der Partei verbunden. Für Bündnis 90/Die Grünen ist es umgekehrt der Fall: Ihr neigten meist mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte. In den letzten Jahren fühlten sich aber immer mehr Menschen mit wie auch ohne Einwanderungsgeschichte den Grünen verbunden, sodass der Abstand zwischen beiden Gruppen vollständig schmilzt. Die Parteiidentifikation mit den Grünen stieg bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte von acht Prozent in den Jahren 1984/1989 auf 16 Prozent in den Jahren 2015/2019. In der restlichen Bevölkerung stieg sie von sechs Prozent auf ebenfalls 16 Prozent.

Eine Trendwende hat sich bei der Partei Die Linke vollzogen: Während sich der Linken bis 2014 relativ gesehen häufiger Menschen ohne als Menschen mit Einwanderungsgeschichte verbunden fühlten, liegt der Anteil danach erstmals

bei Eingewanderten und ihren Kindern höher als in der restlichen Bevölkerung. So stagnierte die Parteiidentifikation von Menschen ohne Einwanderungsgeschichte zur Linken in den letzten zehn Jahren bei sieben Prozent und wuchs unter Menschen mit Einwanderungsgeschichte von fünf auf neun Prozent.

Der 2013 gegründeten AfD fühlen sich seltener Menschen mit Einwanderungsgeschichte (vier Prozent) als Menschen ohne Einwanderungsgeschichte (sechs Prozent) verbunden. Auch hier ist die Parteiidentifikation grundsätzlich auf sehr geringem Niveau.

Parteibindungen unterscheiden sich zwischen Herkunftsgruppen sehr stark

Die beschriebenen Parteiidentifikationen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zeichnen ein erstes, gleichwohl sehr ungenaues Bild. Denn es werden Menschen aus sehr unterschiedlichen Herkunftsländern, die teilweise sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht haben, zusammengefasst. Werden die Parteibindungen von Personen unterschiedlicher Herkunftsländer miteinander verglichen, zeigen sich sehr ausgeprägte Unterschiede. Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind somit in ihrer parteipolitischen Identifikation keineswegs homogen.⁶

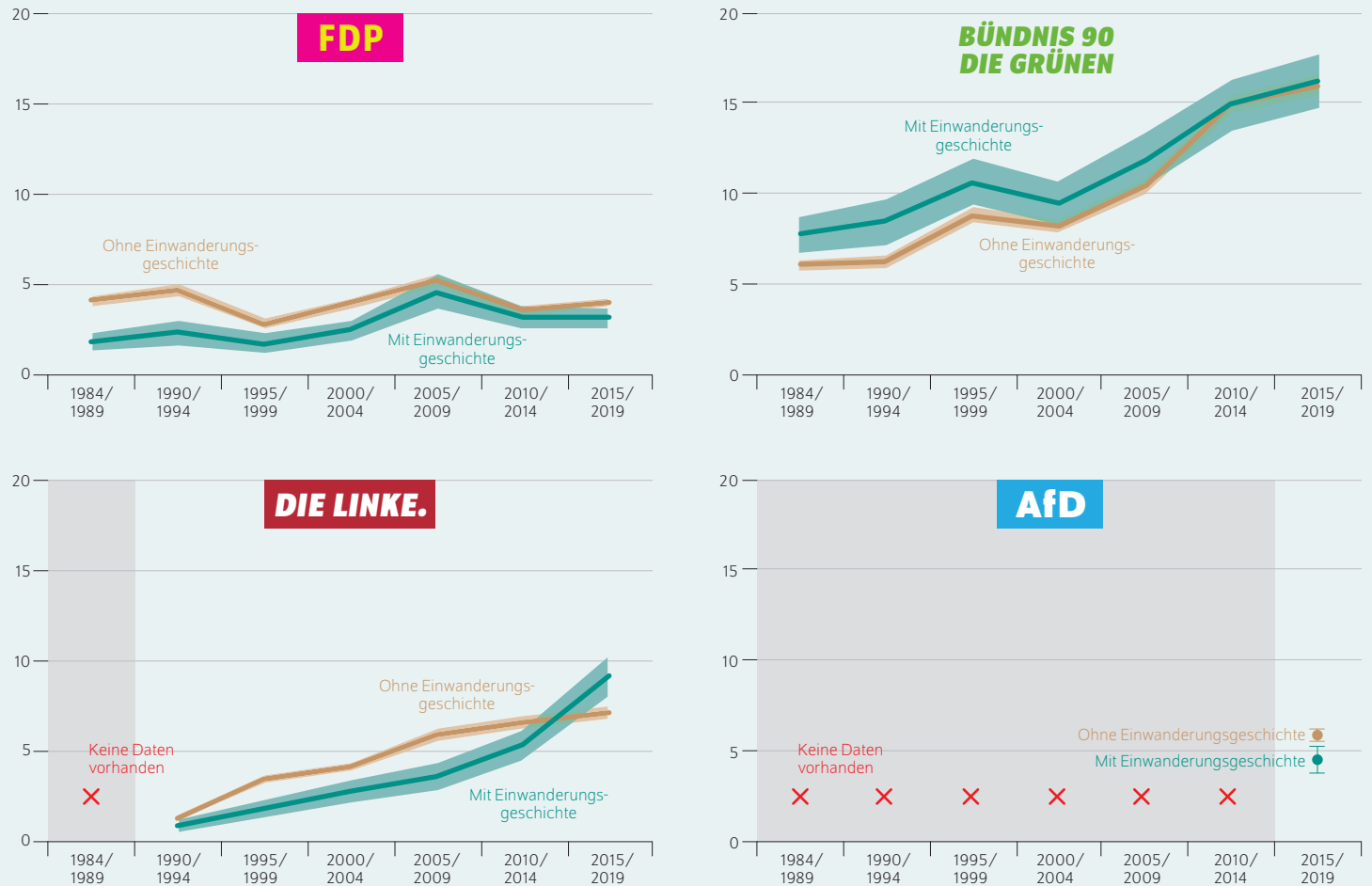
Eingewanderte aus Osteuropa und Ländern der ehemaligen Sowjetunion (beispielsweise Kirgistan, Russland und Kasachstan) berichten häufiger eine Bindung zur CDU/CSU

⁶ Für eine vereinfachte Darstellung zeigen wir nur Länder, die von mehr als 100 Befragten im SOEP repräsentiert werden.

Abbildung 4

Parteibindungen zu FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und AfD über die Zeit

Anteile unter Befragten mit Parteibindung in Prozent



Quelle: SOEP-Core v.36, EU-Edition.

© DIW Berlin 2021

Die Linke kann in der jüngeren Vergangenheit mehr Personen mit Einwanderungsgeschichte an sich binden.

(Abbildung 5). Viele von ihnen kamen als SpätaussiedlerInnen insbesondere seit 1990 nach Deutschland und erhielten erleichterten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft. So sind unter den Wahlberechtigten mit Einwanderungsgeschichte die SpätaussiedlerInnen mit rund einem Drittel (36 Prozent) die größte Wählergruppe.⁷

Personen mit einer eigenen Einwanderungsgeschichte aus Südeuropa und der Türkei neigen eher der SPD zu. Sie gehören vielfach zur Gruppe der Personen, die über die Anwerbung von ArbeitnehmerInnen als sogenannte GastarbeiterInnen zwischen den 1950er und 1970er Jahren nach Westdeutschland einwanderten. Personen, die selbst oder deren Eltern in Anwerbeländern geboren wurden, machten

⁷ Im Jahr 2019 gab es rund 2,6 Millionen SpätaussiedlerInnen über 18 Jahre. Statistisches Bundesamt (2020): a. a. O.

2019 die größte Gruppe an Personen mit Einwanderungsgeschichte in Deutschland aus.

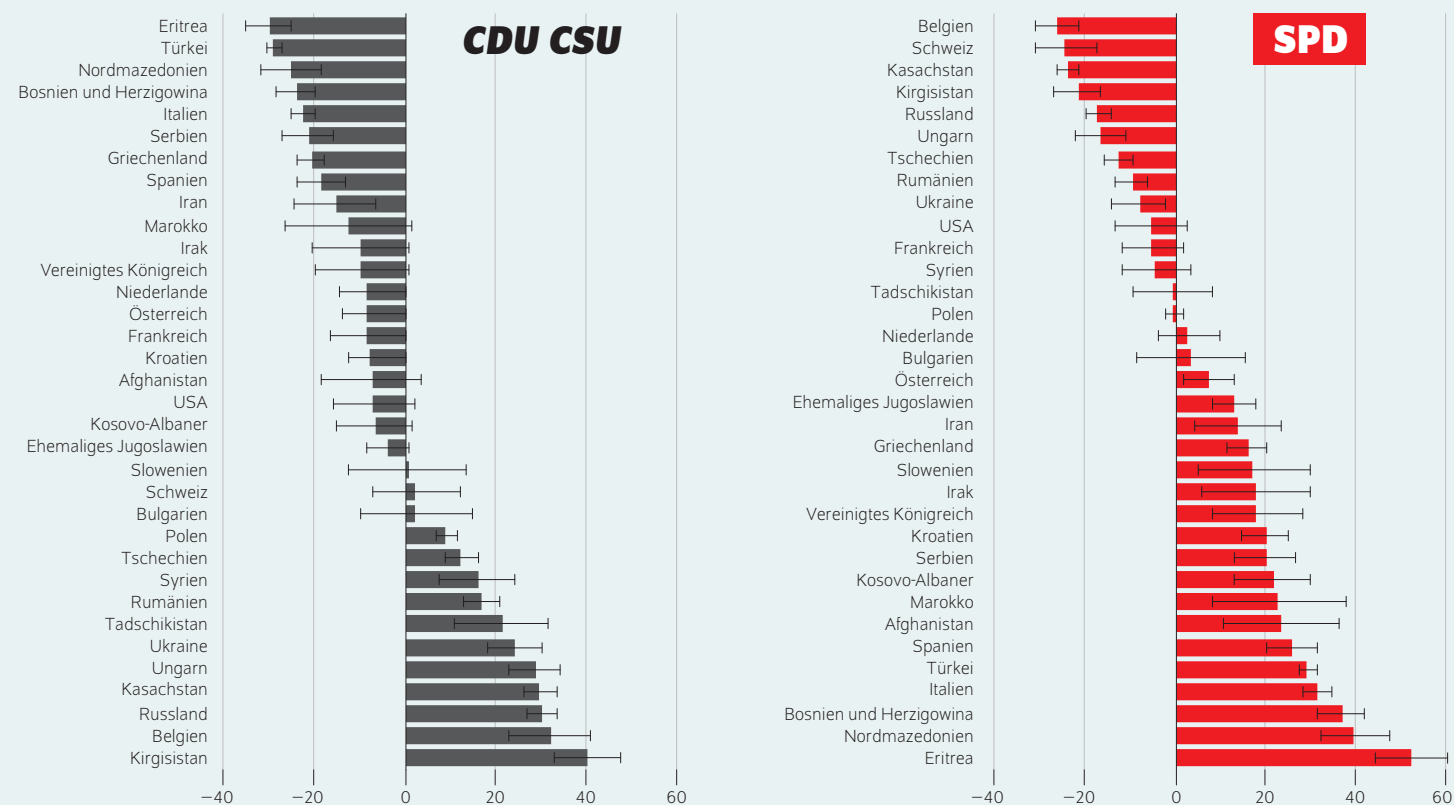
Die Zuwendung dieser beiden großen und daher aus parteipolitischer Sicht wichtigen Einwanderergruppen zu den Volksparteien war in der Vergangenheit durchaus dynamisch (Abbildung 6).⁸ So zeigt sich, dass die Identifikation mit der SPD sowohl bei selbst eingewanderten Personen aus den Anwerbeländern als auch bei Eingewanderten aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion seit 1984 konstant

⁸ Untersucht wurden für diesen Abschnitt zum einen die Parteibindungen von Personen, die aus den wichtigsten Anwerbeländern (Türkei, Jugoslawien beziehungsweise den Nachfolgestaaten, Griechenland, Italien, Spanien, Portugal) bis 1992 selbst einwanderten. Zum anderen wurden die Parteibindungen von Personen untersucht, die aus den Ländern stammen, welche für den Zuzug der SpätaussiedlerInnen am bedeutendsten sind (Rumänien, Polen, Sowjetunion sowie die Nachfolgestaaten Russland, Kasachstan, Kirgistan, Ukraine, Tadschikistan, Usbekistan) und vor 2003 selbst einwanderten.

Abbildung 5

Parteibindungen von Eingewanderten zu CDU/CSU und SPD

Abweichung zur mittleren Parteibindung der Personen ohne Einwanderungsgeschichte in Prozentpunkten



Anmerkung: In den Analysen wird für das Befragungsjahr (1984/2019) kontrolliert. Verglichen werden Menschen mit eigener Einwanderungsgeschichte und Menschen ohne Einwanderungsgeschichte, die jeweils eine Parteibindung angeben.

Quelle: SOEP-Core v.36, EU-Edition.

© DIW Berlin 2021

Eingewanderte aus der Sowjetunion und den Nachfolgestaaten neigen häufiger der CDU/CSU zu, Eingewanderte aus Süd- und Südosteuropa häufiger der SPD.

sinkt und somit dem allgemeinen negativen Trend der SPD folgt. In den Jahren 1984 bis 1989 identifizierten sich noch rund 76 Prozent der Eingewanderten aus Anwerbeländern mit der SPD, in den Jahren 2015 bis 2019 waren es rund 20 Prozentpunkte weniger. Umgekehrt steigt die Bindung der Eingewanderten aus Anwerbeländern an die Unionsparteien zwischen 1984 und 2019 von 13 Prozent auf rund 25 Prozent, während die Bindung der Eingewanderten aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion zwischen 1984 und 2004 stieg und dann bis 2019 wieder auf das Niveau von 1984 fällt und somit langfristig stabil scheint.

Personen aus Westeuropa und Nordamerika fühlen sich überproportional mit Bündnis 90/Die Grünen verbunden (Abbildung 7). Insbesondere Personen aus der Schweiz, den Niederlanden oder Österreich repräsentieren die neuere Einwanderung aus Westeuropa.

Personen aus Herkunftsländern, die die Fluchtmigration zwischen 2013 und 2016 prägten, unterstützen überproportional häufig die Regierungsparteien CDU/CSU (Syrien)

und SPD (Eritrea, Irak, Afghanistan). Auffällig ist schließlich der hohe Zuspruch der Personen aus Serbien zur Partei Die Linke.

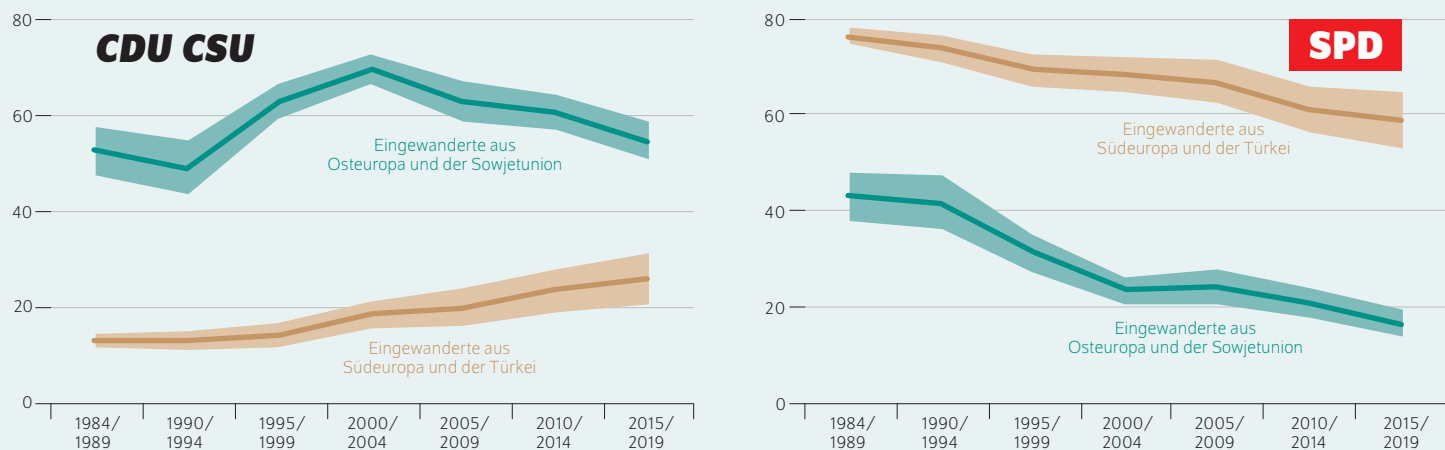
Die Gründe für die unterschiedlich starke und dynamische Bindung gesellschaftlicher Gruppen an die Parteien sind vielfältig. Frühere Auswertungen⁹ auf Basis des SOEP sowie die bisherigen Analysen dieses Berichts legen allerdings nahe, dass unabhängig von sozioökonomischen Merkmalen die Zuordnung zu einer bestimmten Einwandererkohorte und -gruppe einen eigenständigen Einfluss auf die Herausbildung einer Parteidentifikation mit einer bestimmten Partei hat. Die Gründe hierfür können auf Basis des SOEP nicht eindeutig identifiziert werden. Allerdings zeigt sich, dass die Parteien in der Vergangenheit in unterschiedlichem Maße die Interessen der Einwandererkohorten und -gruppen bedient haben.

⁹ Martin Kroh und Ingrid Tucci (2009): a.a.O.

Abbildung 6

Parteibindung von Eingewanderten aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Anwerbeländern zu CDU/CSU und SPD

Anteile unter Befragten mit Parteibindung in Prozent



Anmerkung: Es handelt sich um Personen, die aus den Anwerbeländern Türkei, Jugoslawien beziehungsweise den Nachfolgestaaten, Griechenland, Italien, Spanien und Portugal bis 1992 selbst einwanderten sowie Personen, die aus Rumänien, Polen, der Sowjetunion sowie den Nachfolgestaaten Russland, Kasachstan, Kirgistan, Ukraine, Tadschikistan, Usbekistan bis 2003 selbst einwanderten. Aufgrund geringer Fallzahlen können diese Analysen nicht für die kleineren Parteien durchgeführt werden.

Quelle: SOEP-Core v.36, EU-Edition.

© DIW Berlin 2021

Die Parteibindung der Eingewanderten aus den Anwerbeländern sinkt zur SPD und steigt zu CDU/CSU.

Es ist beispielsweise naheliegend, dass die Bindung Geflüchteter an die CDU/CSU und SPD als ein Resultat der Flüchtlingspolitik interpretiert werden kann, und der Zuspruch von serbisch-stämmigen Eingewanderten zur Linken auf die kritische Haltung ihrer Vorgängerpartei gegenüber der NATO-Intervention im Jugoslawienkrieg zurückzuführen ist. Die Bindung der SpätaussiedlerInnen zur CDU/CSU kann in ähnlicher Weise als Folge innenpolitischer Entscheidungen der Parteien gesehen werden: Während beispielsweise in der SPD im Jahr 2002 eine Begrenzung des Zuzugs von SpätaussiedlerInnen diskutiert wurde,¹⁰ gilt die CDU/CSU traditionell als Interessensvertretung dieser Gruppe.¹¹ Umgekehrt galt die SPD insbesondere zu Zeiten der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder als Befürworter eines Beitritts der Türkei zur EU, während die CDU dies vehement ablehnte.

Dies zeigt: Berücksichtigen Parteien die Interessen von EinwanderInnen und ihren Kindern sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik können sie potenziell bestimmte Gruppen langfristig an sich binden.

Parteien sollten EinwanderInnen stärker an sich binden

Etwa die Hälfte der Menschen mit eigener oder familiärer Einwanderungsgeschichte in Deutschland steht Parteien des Bundestags dauerhaft distanziert gegenüber. Ihre Bindung an Parteien liegt signifikant niedriger als in der restlichen Bevölkerung und schlägt sich auch in einer deutlich niedrigeren Wahlbeteiligung nieder.¹² Rund die Hälfte gibt aktuell an ungebunden zu sein. Das ist diskussionswürdig, denn eine schwache Identifikation mit Parteien weist auch auf eine mangelnde politische Inklusion in einem zentralen Bereich der politischen Willensbildung hin. Die Befunde dieses Berichts bestätigen somit Befunde von vor rund zehn Jahren,¹³ und es wird deutlich, dass die Herausbildung einer Parteiidentifikation und mithin die politische Integration und Inklusion nicht an Dynamik gewonnen hat.

Dabei kann die Parteiidentifikation durch einen leichten Zugang zu Informationen und Erfahrungen mit dem politischen System gestärkt werden. Die Parteien sollten daher Menschen mit Einwanderungsgeschichte noch aktiver ansprechen

¹⁰ Von Rimscha (2002): Zuwanderung: SPD will den Zuzug von Spätaussiedlern begrenzen. *Der Tagesspiegel* (online verfügbar, abgerufen am 20. Mai 2021).

¹¹ Achim Goerres et al. (2018) Immigrant voters against their will: a focus group analysis of identities, political issues and party allegiances among German resettlers during the 2017 bundestag election campaign. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 46(7), 1205–1222.

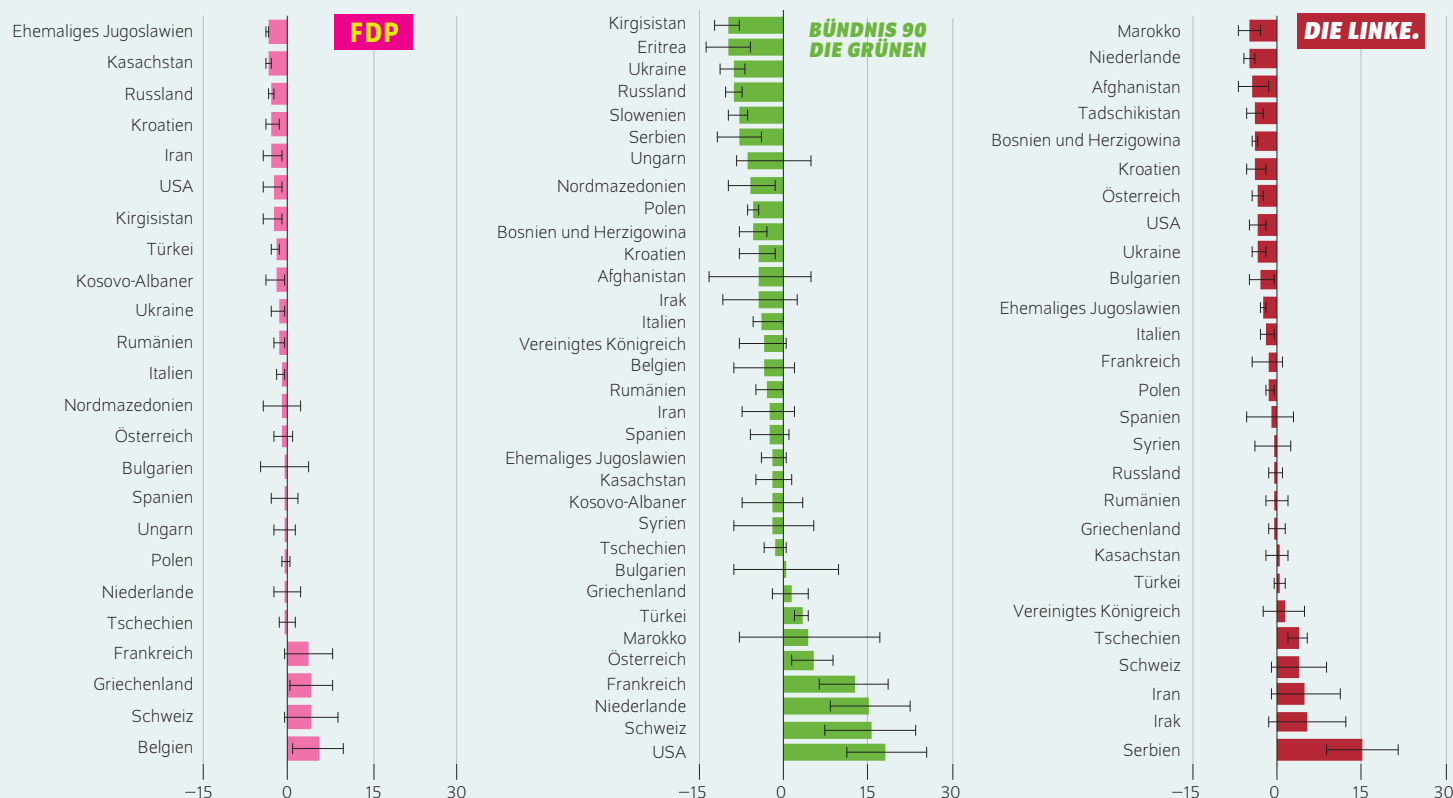
¹² Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2020): Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Studie des SVR-Forschungsberichts 2020-3 (online verfügbar).

¹³ Martin Kroh und Ingrid Tucci (2009): a.a.O.

Abbildung 7

Parteibindungen von Eingewanderten zu FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

Abweichung zur mittleren Parteibindung der Personen ohne Einwanderungsgeschichte in Prozentpunkten



Anmerkung: In den Analysen wird für das Befragungsjahr (1984/2019) kontrolliert. Verglichen werden Menschen mit eigener Einwanderungsgeschichte und Menschen ohne Einwanderungsgeschichte, die jeweils eine Parteibindung angeben.

Quelle: SOEP-Core v.36, EU-Edition.

© DIW Berlin 2021

Personen aus Westeuropa und Nordamerika fühlen sich überproportional mit Bündnis 90/Die Grünen verbunden.

sowie ihre vielfältigen politischen Interessen stärker berücksichtigen, um sie langfristig als Wählerklientel an sich zu binden.

Auch sollte die Politik aktiv in die politische Bildung investieren, beispielsweise in Integrationskursen oder durch die gezielte Ansprache der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung.

Die politische Mobilisierung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte ist den Parteien bislang unterschiedlich gut gelungen. In der jüngeren Vergangenheit waren insbesondere SPD und Bündnis 90/Die Grünen erfolgreich, zuletzt

gelingt es auch der Linken diese Wählergruppe überproportional an sich zu binden.

Allerdings sind die Parteidentifikationen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte keineswegs homogen, sondern spiegeln durchaus die innen- und außenpolitische Vertorung der Parteien wider. Für eine gelungene Integration von EinwanderInnen und ihren Kindern ist somit entscheidend, dass Parteien ihre vielfältigen Interessen in die Partei- und Wahlprogramme einbinden. Eine Politik gegen diese Gruppe hingegen birgt das Potenzial, diese wachsende Wählerschaft dauerhaft zu verlieren.

JEL: J15, D72, C33, Z13, P16

Keywords: migrants, political integration, political behavior, SOEP

Jannes Jacobsen war bis März 2021 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin und ist dort nun Gastwissenschaftler. Zudem ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FU Berlin im Arbeitsbereich Soziologie der Emotionen | jjacobsen@diw.de

Martin Kroh ist Professor für Methoden der empirischen Sozialforschung an der Universität Bielefeld und Senior Research Fellow in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin | mkroh@diw.de

INTERVIEW



„Parteien haben die Chance, Eingewanderte langfristig an sich zu binden“

Jannes Jacobsen war bis März 2021 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel am DIW Berlin

1. **Herr Jacobsen, inwieweit identifizieren sich Menschen, die nach Deutschland eingewandert sind, mit einer der politischen Parteien in Deutschland?** Im Jahr 2019 gaben etwas mehr als ein Drittel der Personen, die nach Deutschland eingewandert sind oder deren Kinder, eine Partei-identifikation an. Wenn wir die zwei vorherigen Befragungswellen noch mit dazu nehmen, sehen wir, dass rund die Hälfte dieser Personen einer Partei zuneigt. Das bedeutet, dass langfristig betrachtet rund die Hälfte der Eingewanderten in Deutschland parteipolitisch ungebunden ist.
2. **Wie lange dauert es, bis nach Deutschland eingewanderte Personen sich genauso häufig mit einer Partei verbunden fühlen wie Menschen ohne Einwanderungsgeschichte?** Das lässt sich nicht eindeutig beziffern. Allerdings sehen wir, dass in den 15 Jahren nach Zuwanderung 50 Prozent der Eingewanderten in Deutschland wenigstens einmal berichten, sich mit einer Partei zu identifizieren.
3. **Das entspricht dem Wert, den das DIW Berlin bereits 2009 festgestellt hat. Warum hat sich seitdem nichts geändert?** Das ist richtig. Wir können seitdem keine Dynamik weder in die eine, noch in die andere Richtung feststellen.
4. **Mit welchen Parteien identifizieren sich die Eingewanderten am meisten?** Noch Mitte der 1980er Jahre haben sich knapp über 50 Prozent der Eingewanderten mit der SPD identifiziert, mit der CDU knapp unter 40 Prozent. Seitdem ist der Anteil bei der SPD gesunken. Diesen Trend sehen wir grundsätzlich in der Bevölkerung, sodass sich aktuell etwas mehr als ein Drittel sowohl mit der CDU/CSU als auch mit der SPD identifizieren. Doch obwohl immer weniger Eingewanderte sich an die SPD gebunden fühlen, berichten Eingewanderte trotzdem relativ gesehen häufiger eine Parteiidentifikation mit der SPD als die restliche Bevölkerung. Bei den Grünen sehen wir einen positiven Trend, allerdings ist der sowohl in der allgemeinen Bevölkerung wie auch bei Eingewanderten zu verzeichnen.

5. **Gibt es hierbei Unterschiede zwischen den Herkunftsländern der eingewanderten Personen?** Die Partei-identifikation der Eingewanderten nach Deutschland ist sehr heterogen. Personen, die aus Osteuropa oder der ehemaligen UdSSR kommen, identifizieren sich überproportional häufig mit der CDU/CSU. Personen aus Anwerbeländern, beispielsweise der Türkei oder Südeuropa, identifizieren sich überproportional mit der SPD. Personen aus Westeuropa, beispielsweise der Schweiz oder den Niederlanden, neigen überproportional den Grünen zu. Interessant ist, dass Personen aus Serbien überproportional der Partei Die Linke zuneigen.
6. **Was kann getan werden, um die Parteiidentifikation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu stärken?** Die SPD hat während der Schröder-Regierung die Türkei als EU-Beitrittskandidaten ins Spiel gebracht. Dies hat sich sicherlich auch auf die langfristige Parteibindung der Türkeistämmigen an die SPD ausgewirkt. Gleichzeitig sehen wir, dass die CDU/CSU traditionell als Interessensvertretung von Personen aus Osteuropa oder der ehemaligen UdSSR gilt. Personen, die als Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind, beispielsweise aus Syrien oder Eritrea, fühlen sich an die Regierungsparteien, also CDU/CSU oder SPD gebunden. Das heißt, wenn die Besonderheiten eingewandelter Personen und deren Geschichte in den parteipolitischen Programmen beachtet umgesetzt wird, haben die Parteien eine Chance, Eingewanderte langfristig an sich zu binden.

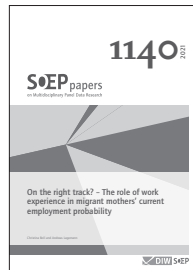
Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1140

2021 | Christina Boll, Andreas Lagemann



On the Right Track? – the Role of Work Experience in Migrant Mothers' Current Employment Probability

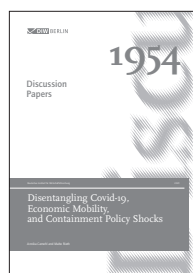
This paper investigates the role of work experience in migrant mothers' current employment in Germany. Unlike previous papers, we focus on actual experience and add the motherhood aspect. To this end, we use data from the German Socio-Economic Panel 2013-2018 including the IAB-SOEP Migration Sample. Having immigrated to Germany and female sex are the two treatments of our sample of 491 migrant mothers, with 7,077 native mothers and 1,383 migrant fathers serving as control groups. Running LPM with individual FE and testing the robustness of the work experience estimators against a range of covariates and unobserved time-varying confounders with Oster bounds, we show that years of domestic part-time experience yield higher returns for migrant mothers compared to migrant fathers and non-migrant mothers. We conclude that current employment is significantly fueled by former employment; thus policies should be designed such that they help women to "get on the right track".

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1954

2021 | Annika Camehl, Malte Rieth



Disentangling Covid-19, Economic Mobility, and Containment Policy Shocks

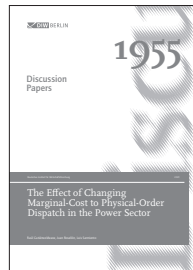
We study the dynamic impact of Covid-19, economic mobility, and containment policy shocks. We use Bayesian panel structural vector autoregressions with daily data for 44 countries, identified through sign and zero restrictions. Incidence and mobility shocks raise cases and deaths significantly for two months. Restrictive policy shocks lower mobility immediately, cases after one week, and deaths after three weeks. Non-pharmaceutical interventions explain half of the variation in mobility, cases, and deaths worldwide. These flattened the pandemic curve, while deepening the global mobility recession. The policy tradeoff is 1 p.p. less mobility per day for 9% fewer deaths after two months.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1955

2021 | Raúl Gutiérrez-Meave, Juan Rosellón, Luis Sarmiento



The Effect of Changing Marginal-Cost to Physical-Order Dispatch in the Power Sector

The analysis of local environmental policies is essential when evaluating the consistency of national public policies vis-à-vis the compliance of global agreements to reduce climate change. This study explores one of these policies; the 2021 Mexican reform to change electric power dispatch from a marginal-cost-based to a command and control physical system prioritizing power generation from the state power company. The new law forces the dispatch of the state company power facilities before private power producers. We use the GENeSYS-MOD techno-economic model to determine the reform's effect on the power

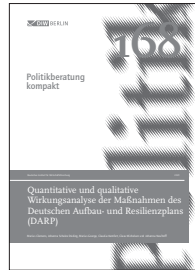
system's generation mix, cost structure, and anthropogenic emissions. For this, we optimize the model under three distinct scenarios; a business-as-usual scenario with no changes to the merit order, a model with the new physical order dispatch, and an additional case where in addition to the shift to the physical dispatch, we reduce the price of fuel oil below natural gas prices to simulate the current behavior of the power company. It is relevant to note that we optimize the energy system without any assumption regarding renewable targets or climate goals because of political uncertainty and the need of pinpoint the effect of the merit order change while avoiding possible variations in the state-space arising from other constraints. Our results show that by 2050, the new dispatch rule increases the market power of the state company to 99% of total generation and decreases the share of renewable technologies in the generation mix from 72% to 51%. Additionally, cumulative power sector emissions increase by 563 Megatons of CO₂, which with the current cost of carbon in the European Emissions Trading System translates to around 36 billion Euros

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Politikberatung kompakt Nr. 168

2021 | Marius Clemens, Johanna Schulze Düding, Marius Goerge, Claudia Kemfert, Claus Michelsen, Johanna Neuhoff. Unter Mitarbeit von Mona Dapfer und Sabrina Haumann.



Quantitative und qualitative Wirkungsanalyse der Maßnahmen des Deutschen Aufbau- und Resilienzplans (DARF): Endbericht; Kurzexpertise im Auftrag des Bundesfinanzministeriums (fe 3/19)

Die COVID-19-Pandemie hat die europäische Wirtschaft in eine schwere Rezession getrieben. Nach bisherigen Berechnungen dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 im Durchschnitt über alle Länder der Europäischen Union um mehr als sieben Prozent gesunken sein (Europäische Kommission 2020). Zwar sind alle Länder negativ betroffen, allerdings in recht unterschiedlichem Maße. So reicht der Wirtschaftseinbruch gemessen

am BIP-Rückgang von gut minus zwei Prozent in Ländern wie Luxemburg oder Irland bis zu minus zwölf Prozent in Spanien.

Ursachen für die heterogene Entwicklung liegen nicht nur in den unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialstrukturen der Länder begründet, sondern auch im unterschiedlichen Infektionsgeschehen (Bayer und Kuhn 2020). Zudem haben die einzelnen Regierungen der Länder höchst verschiedene finanzielle Kapazitäten, um die von den Eindämmungsmaßnahmen betroffenen Sektoren mit Soforthilfepaketen oder Konjunkturprogrammen zu unterstützen (Clemens und Heinemann 2020).

Aufgrund dieser gesundheitlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen hat die Europäische Kommission einen Krisenabsicherungs- und Aufbauplan aufgelegt. Der 'NextGenerationEU'-Fonds wird mit einem Volumen von 750 Milliarden Euro ausgestattet, wovon rund 672,5 Milliarden Euro im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) für größtenteils investive Ausgaben abfließen sollen. Die restlichen 47,5 Milliarden Euro fließen in Maßnahmen der Krisenbewältigung in bereits bestehenden Initiativen, u.a. dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD). Das Ziel von 'Next Generation EU' ist es, die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern. Darüber hinaus sollen Wirtschaft und Gesellschaft in Europa nachhaltiger und krisenfester werden und besser auf die Herausforderungen und Chancen des ökologischen und digitalen Wandels vorbereitet sein.

https://www.diw.de/de/diw_01.c.620267.de/publikationen/diw_berlin__politikberatung_kompakt.html



PETER HAAN UND JULIA SCHMIEDER

Politik braucht klaren Kurs bei informeller Pflege



Peter Haan ist Leiter der Abteilung Staat am DIW Berlin.

Julia Schmieder ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Gender Economics am DIW Berlin.

Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin und des Autors wieder.

Das deutsche Pflegesystem steht wieder einmal im Fokus. Ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts sorgt für Aufsehen, schürt Befürchtungen auf der einen Seite und Hoffnungen auf der anderen Seite. Und setzt die Politik unter Zugzwang. Es ist ein Vorgeschmack auf die kommenden Jahre und Jahrzehnte, in denen sich immer weniger junge Menschen um immer mehr ältere Menschen kümmern beziehungsweise entsprechende Hilfe organisieren müssen, in einem finanziell vertretbaren Rahmen. In Deutschland gibt es derzeit etwa 4,1 Millionen Menschen, die Leistungen der Pflegeversicherung erhalten. Etwa drei von vier pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause betreut, ein Großteil davon informell. Diese informelle Pflege wird zum großen Teil von Familienangehörigen geleistet.

Doch auch ausländische Pflegekräfte, sogenannte Live-ins, die bei den zu Pflegenden leben und damit häufig 24 Stunden am Tag zur Verfügung stehen, spielen eine Rolle. Noch immer fehlen gesetzliche Regelungen, um die Dienstleistung der Live-in-Pflege arbeitsrechtlich einwandfrei zu gestalten. Viele der – Schätzungen zufolge bis zu 600 000 – ausländischen Pflegekräfte sind als ArbeitnehmerInnen bei ausländischen Agenturen angestellt, die sich vertraglich gegenüber den Haushalten in Deutschland zur Übernahme der Pflege Tätigkeit verpflichten. Die Pflegenden haben Anspruch auf den nationalen Mindestlohn, allerdings wird vertraglich oft eine Arbeitszeit von 40 Stunden oder weniger pro Woche vereinbart. Die Bereitschaftszeit wird also zumeist nicht berücksichtigt. Angesichts der Tatsache, dass Pflege oft rund um die Uhr erfolgen muss, oder zumindest Bereitschaft zur Hilfe erforderlich ist, ist diese Regel nicht nachvollziehbar. Daher ist das Urteil des Bundesarbeitsgerichts, das nun auch die Bezahlung der Bereitschaftszeit einfordert, keine große Überraschung.

Für viele Pflegebedürftige und Angehörige wird dieses Urteil jedoch merkliche Konsequenzen haben. Die finanzielle Belastung wird deutlich steigen und für viele nicht mehr zu stemmen sein. Die Untätigkeit der Regierung, die Einhaltung der Arbeitszeiten und des Mindestlohns stärker zu kontrollieren, hat für viele Haushalte in Deutschland diese Form der Pflege überhaupt

erst bezahlbar gemacht, allerdings auf Kosten der Pflegenden – und nun auch auf Kosten der Pflegebedürftigen, die sich in der schwierigen Lebenssituation umstellen müssen.

Die Regierung sollte endlich handeln. Als eine Lösung wird oft das Beispiel Österreich genannt: Hier wurde 2007, also vor knapp 15 Jahren, ein rechtlicher Rahmen für die Rund-um-die-Uhr-Betreuung von Pflegebedürftigen zu Hause geschaffen. Weiterhin wurde eine finanzielle Unterstützung für Pflegebedürftige, die diese Leistungen in Anspruch nehmen, eingeführt. Nach der Reform ist die Anzahl ausländischer Live-in-Pflegekräfte deutlich gestiegen. Eine wissenschaftliche Studie zeigt auch, dass die Reform in Österreich und die damit verbundene bessere Verfügbarkeit von Live-in-Pflegekräften die Erwerbsbeteiligung von Personen mit pflegebedürftigen Angehörigen deutlich steigern konnte. Allerdings wurde und wird die Situation in Österreich auch kritisch gesehen: In Bezug auf die Arbeitsbedingungen und Bezahlung der Pflegekräfte gibt es nur wenig gesetzliche Vorgaben. Auch sind die qualitativen Anforderungen für die Rund-um-die-Uhr-Betreuung niedrig und es gibt keine regelmäßigen Qualitätskontrollen.

Die Regierung wird also kaum darum herumkommen, mehr Geld in die privat bereitgestellte Pflege zu stecken, um so die Pflegebedürftigen und die Angehörigen zu unterstützen, selbst wenn sie dem Beispiel Österreichs folgt – sei es über Steuerzuschüsse oder über höhere Sozialversicherungsbeiträge. Wichtig ist aber vor allem, dass die Regierung endlich klare Regeln für die Live-in-Pflege umsetzt. Unsicherheit und die Sorge vor Umstellungen sind für alle, die auf Pflege angewiesen sind, eine große Belastung – unabhängig von der finanziellen Last.

Dieser Beitrag ist in einer längeren Version am 2. Juli 2021 bei Zeit Online erschienen.